

vhw und hlb beim Amtschef im Wissenschaftsministerium

Der Amtschef des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Ministerialdirektor Fröhlich, empfing gemeinsam mit MRat Keller und MRat Dr. Messer am 1.02.05 die Vertreter der Vorstände von **vhw** und **hlb** Lerchenmüller, Riekeles und Schaul zum offenen Dialog über drängende Fragen der weiteren Fachhochschulentwicklung. Heikle Themen wie das in den Fachhochschulen völlig verfehlte Hausberufungsverbot, die künftige Vergabep Praxis von Leistungszulagen und die für Hochschulen nicht mehr ohne Qualitätseinbußen verkraftbaren Einsparungen beim Haushalt wurden dabei nicht ausgelassen. Zum Hausberufungsverbot wurde klar, dass wie bei Universitäten auch für Fachhochschulen Ausnahmen möglich sind. Zum Haushalt 2005/2006 betonten **vhw** und **hlb** unmissverständlich, dass für Fachhochschulen vor allem Stellenkürzungen beim (ohnehin kaum vorhandenen) Mittelbau, fehlende Gelder zur Fortsetzung innovativer Projekte sowie zur Altbaumodernisierung die größten finanziellen Hindernisse dafür bilden, die hohe Ausbildungsqualität aufrechtzuerhalten, während zugleich das Professorenbesoldungsgesetz die Motivation jüngerer Leistungsträger massiv auf die Probe stellt.

Berechtigter Frust und Mittelknappheit sind eine gefährliche Mixtur!

Zukunftsoffensive IV Innovation und Exzellenz (intern „Erwin IV“)

MinPräs. Teufel hat dem Landtag noch einmal ein Förderungsprogramm für Wissenschaft und Forschung vorgelegt. Die Landesstiftung stellt für 2005/08 168 Mio. € bereit, davon 12 Mio. € für die Fachhochschulen. Nach Sachgebieten sind vorgesehen 66 Mio. € für den Ausbau der Infrastruktur der Hochschulen, 57 für Erforschung neuer Werkstoffe, 22 für Landesforschungsinstitute, 5 für die Filmakademie und 3 für Brennstoffzellentechnik. Über 15 Mio. € wird später entschieden.

Landesetat 2005: „Sieben Mio. € mehr für die Fachhochschulen“

Im Jahr 2003 gab es an sächlichen Mitteln 33,4 Mio. € 2004 mussten 18,4 Mio. eingespart werden. 2005 sollen es nur 11 Mio. weniger sein.

So kann man bedrohliche Kürzungen auch verkaufen!

Promotionsrecht für anwendungsorientierte private Hochschulen

In Hessen und Berlin haben stark anwendungsorientierte, private Hochschulen das Promotionsrecht bekommen. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) unterstreicht, dass dieses Recht nur „wissenschaftliche“ Hochschulen erhalten dürfen.

Der HRK-Präsident sollte wissen, dass alle Hochschulen auf Wissenschaft basieren, weshalb der veraltete Begriff „wissenschaftliche Hochschule“ aus dem Hochschulrahmengesetz getilgt wurde.

vhw und hlb fordern Promotionsrecht für die Fachhochschulen

Die Zeit ist reif für ein eigenständiges Promotionsrecht der Fachhochschulen! Dies fordern **vhw** und **hlb** für alle Studiengänge, bei welchen durch erfolgreiche Akkreditierung ein entsprechender Leistungsstand nachgewiesen wird. Die Fachhochschulen wollen nicht länger wegen des ausschließlichen Promotionsrechts der Universitäten ihre besten Absolventinnen und Absolventen verlieren. Vielmehr sollen deren Potenziale künftig vor allem der Forschung an Fachhochschulen zur Verfügung stehen. Diese könnten damit profiladäquat ihren eigenen Nachwuchs heranzubilden. Außerdem würde so der international problematische Makel fehlenden Promotionsrechts beseitigt.

Hochschulrektorenkonferenz: Promotion ohne Master-Abschluss?

Die HRK empfiehlt, höchstqualifizierten Bachelor-Absolventen den Weg zur Promotion zu eröffnen (so wie in USA oder England).

Fünf der 19 Nachwuchsforscher kommen von der Fachhochschule

Sie arbeiten im gemeinsamen Graduiertenkolleg von Uni Heidelberg, Hochschule für Technik und Gestaltung Mannheim, Deutschem Krebsforschungszentrum und European Molecular Biology Laboratory.

vhw-Jahresversammlung 17. Juni in Ulm

13 Uhr Festakt mit Minister Frankenberg

10 Uhr und 16 Uhr Mitgliederversammlung



**Verband Hochschule und Wissenschaft
Baden-Württemberg e.V.
im Beamtenbund Baden-Württemberg**

**RUNDSCHREIBEN 2 / 2005
März 2005**

vhw und hlb im Gespräch mit Landtagsabgeordneten

In den ersten Wochen des neuen Jahres führten Vorstandsmitglieder von **vhw** und **hlb** Gespräche mit den wissenschaftspolitischen Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen – Werner Pfisterer MdL CDU, Carla Bregenzer MdL SPD, Theresia Bauer MdL GRÜNE, Beate Fauser MdL FDP - sowie weiteren Mitgliedern der wissenschaftspol. Ausschüsse. Themen waren hauptsächlich die Umsetzung des Landeshochschulgesetzes und des Professorenbesoldungsgesetzes an den baden-württ. Fachhochschulen, die Haushaltspläne der Landesregierung und die Fortsetzung des Bologna-Prozesses.

Nur durch regelmäßigen Gedankenaustausch mit den Abgeordneten können die Interessen der Fachhochschulen und ihrer Professorinnen und Professoren wirksam vertreten werden. vhw und hlb danken für die fairen und offenen Gespräche!

RKF: Besoldungsreform soll Betriebsfrieden nicht beeinträchtigen!

Beim Treffen der Vorstände der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen Baden-Württemberg (RKF) und von **vhw/hlb** ging es vor allem um die Umsetzung der Besoldungsreform an den baden-württ. Fachhochschulen. Seitens der RKF nahmen Vorsitzender von Hoyningen-Huene sowie die Vorstandsmitglieder Lieber und Stohrer teil, seitens **vhw/hlb** Büchter, Lerchenmüller, Reuter und Riekeles. Die RKF sucht einvernehmliche Lösungen, die das Betriebsklima an den Hochschulen möglichst wenig beeinträchtigen, und strebt faire Behandlung der Härtefälle (in C2 verbliebene Professorinnen und Professoren) an. **vhw** und **hlb** boten an, sich in den einzelnen Hochschulen an der Entwicklung tragfähiger operativer Konzepte für die Besoldungsreform konstruktiv zu beteiligen. Weitere Themen waren die Umsetzung des Landeshochschulgesetzes, der Haushalt 2005/2006 sowie aktuelle Entwicklungen des Bolognaprozesses mit den damit verbundenen Chancen und Risiken für die Fachhochschulen.

Es wurde deutlich, dass trotz bestehender Meinungsunterschiede in Einzelfragen RKF und vhw/hlb bei den entscheidenden aktuellen Zukunftsfragen in den Grundsatzpositionen übereinstimmen.

Erneute Professorenbeschimpfung

Das Magazin Focus 47/04 meint, die meisten Hochschullehrer in Deutschland scheuten den Praxistest, den betrieblichen Fronteinsatz, obwohl Weiterbildung laut Hochschulrahmengesetz zu ihren zentralen Aufgaben gehöre und die Hochschulen Milliarden einnehmen könnten. Bundesministerin Bulmahn legt nach, „die Hochschulen sollten ihre Potenziale endlich besser ausnutzen“, alarmiert durch eine HIS-Befragung von 6000 Absolventen von 1997 über ihre Weiterbildung.

Journalisten können sich Narrenfreiheit erlauben, aber bei der zuständigen Fachministerin ist das schon sehr seltsam.

„Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“

In einer ganzseitigen Anzeige „Immer diese Kurzzeitstudenten.“ stellt das Land die Vorteile der Fachhochschulen (und der Pädagogischen Hochschulen) heraus und zitiert die Wirtschaftswoche, die baden-württembergischen Fachhochschulen seien „Erste Adressen“.

Ranking der Wissenschaftsminister

Die Beurteilung der deutschen Wissenschaftsminister mit Schulnoten durch etwa 8000 Personen ergab Werte von 3,4 (Zöllner, Rheinland-Pfalz) bis 4,7 (Flierl, Berlin und Schreier, Saarland), im Schnitt 4,2, also **nicht ausreichend**. Frankenberg erhielt 4,1, Bulmahn 4,6.

Aus den Bemerkungen: „Die hochschulpolitischen Kommentare der FAZ beweisen derzeit mehr Sachverstand als sämtliche Wissenschaftsminister.“ „Frankenberg stellt eine Gefahr für die Freiheit von Lehre und Forschung dar.“ „Bildungsbegrenzungsminister.“

HTG Mannheim: Prof. Paul Zander feiert 85. Geburtstag

Der Jubilar hat sich immer engagiert, nicht nur in der Lehre, sondern auch für die Hochschule als Vorsitzender des Großen Senats und als Prorektor, im **vhw** als Verbandsgruppenvorsitzender, Mitglied des Landesvorstandes für die Pensionäre und noch heute im BRH, dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen.

Der **vhw** gratuliert ihm dankbar mit den besten Wünschen!

PH Schwäbisch Gmünd: Reinhard Kuhnert verabschiedet

Der **vhw**-Ehrenvorsitzende wurde nach 67 Semestern in den Ruhestand verabschiedet. Von 1987 bis 1999 hatte er den Bundesverband geleitet, zwölf Jahre war er Rektor. Für seine vielfältigen Aktivitäten wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Neue Wissenschaftsministerin in Sachsen

Die bisherige Chemnitz Sozialbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) übernahm das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Zwei Rektoren zum neuen Landeshochschulgesetz

Der Rektor der HBW Biberach Th. Vogel sieht gravierende Änderungen durch das neue Gesetz und die Studienreform. Mit fünf wissenschaftlichen Instituten werden Voraussetzungen für Forschung und Master-Thesis geboten. * Der Rektor der HGTW Pforzheim R. Schiechke will die organisatorischen Vorgaben mit Toleranz, Geduld und Gelassenheit umsetzen. In der Umstrukturierung hin zu interdisziplinärem, offenem Studienangebot sieht er angesichts Stellen- und Mittelstreichung eine besondere Herausforderung.

Teures Qualitätssiegel

Bei einem Uni-Studiengang kostet es allein 50.000 €, die Daten auszuwerten. Dazu kommt die vorherige Evaluation mit bis zu 15.000 €

Woher haben die deutschen Hochschulen ihren guten Ruf – den baden-württembergischen Unis wurde er gerade wieder bestätigt? Der aufwändige Evaluations- und Akkreditierungsprozess hat dazu sicher nicht beigetragen. Aber wir haben ja (zu) viel Geld. Der Rechnungshof sollte die Kosten mal in Professoren- und Tutorenstellen umrechnen.

Machtzuwachs für Hochschulleitungen nicht verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht sieht Wissenschaftsfreiheit durch Machtzuwachs für Rektorat und Dekane als nicht bedroht an. (www.bverfg.de/cgi-bin/link.pl?presse).

Nationaler Rahmen für Bachelor/Master-Abschlüsse

Experten von Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesbildungsministerium haben den Qualifikationsrahmen für die Abschlüsse entworfen. Die KMK-Amtschefkonferenz soll im April darüber beschließen. Die Bildungsminister werden dann Ende Mai darüber informiert.

Wo bleibt die Autonomie der Hochschulen, wenn wieder einmal Ministerialbeamte praktisch abschließend befinden?

Regelabschluss Master?

Neun Technische Universitäten und mehrere Fachgesellschaften sehen erst den Master als berufsqualifizierenden Regelabschluss an. Die Kultusministerkonferenz hält im Prinzip am Bachelor als berufsqualifizierend fest, der für vielfältige Berufsfelder ausreicht. Für manche Tätigkeiten wie z. B. der Ingenieure sei aber der Master erforderlich.

HRK und KMK: Keine Master-Quoten

Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz haben sich geeinigt. Alle Bachelor-Absolventen können Master-Studium aufnehmen, an der eigenen oder anderen Hochschulen.

Studium ohne Hochschulreife???

Die baden-württembergischen Handwerkskammern bieten in Kooperation mit der Steinbeis-Hochschule Berlin bei ihnen ausgebildeten Betriebs/Fachwirten (HWK) ohne Hoch-/Fachhochschulreife berufsbegleitendes Studium an, das in sechs Semestern zum Bachelor of Business Administration, in weiteren zwei Jahren zum Master führen soll.

Hrsg., v.f.d.I.: Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Würt., Landesvorstand, GeschStelle Fon (07022)929-215, Fax 929-216, schilling@fh-nuertingen.de, Redaktion.langeheinecke@fh-weingarten.de

VHBW wählt Lerchenmüller und Loos zu Gründungsvorsitzenden

Bei seiner ersten Sitzung wählte der Vorstand des neuen Dachverbandes von **vhw** und **hfb** - *Verband der Hochschullehrer Baden-Württemberg (VHBW)* - einstimmig Michael Lerchenmüller zum Gründungsvorsitzenden und Dorit Loos zu seiner Stellvertreterin. Künftig werden die beiden Verbände den Vorsitzenden/die Vorsitzende alternierend jeweils für eine Amtszeit von zwei Jahren bestellen.

vhw-Bundesvorstand tagte in Fulda

Zur Frühjahrstagung trat der **vhw**-Bundesvorstand am 11./12.02.05 in Fulda zusammen. Nach Berichten aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand und den Bundesländern standen im Mittelpunkt brisante Themen wie Professorenbesoldungsreform und Entwicklungen bei Tarifverhandlungen im Wissenschaftsbereich, ferner Erfolg versprechende Wege zur Mitgliederwerbung. Baden-Württemberg war durch seinen Landesvorsitzenden Lerchenmüller vertreten.

IFHAG zu Gast beim hfb Baden-Württemberg

Am 27./28. Februar 2005 traf sich die *Internationale Fachhochschul-Arbeitsgemeinschaft (IFHAG)* turnusmäßig in Ulm. Gastgeber der Fachhochschulvertreter aus Österreich, Schweiz, Bayern und Baden-Württemberg war der **hfb** Baden-Württemberg. Für den **vhw** nahm der Landesvorsitzende Lerchenmüller teil. Besprochen wurden die jüngsten hochschulpolitischen Entwicklungen in den vertretenen (Bundes-)Ländern, vor allem die seit 01.01.2005 in Baden-Württemberg geltenden Gesetze für den Hochschulsektor. Bei diesen Tagungen geht es vor allem darum, wechselseitig aus Fehlern in der Hochschulpolitik zu lernen und positive Entwicklungen auf Übertragbarkeit zu prüfen.

Manche Fehlentwicklung konnte auf diese Weise vermieden werden!

HRK: Noch keine Kooperation mit Verwaltungs-Fachhochschulen

Die Hochschulrektorenkonferenz will mit verwaltungsinternen Fachhochschulen erst kooperieren, wenn sie sich allgemeinen Hochschulen annäherten, Selbstverwaltung erhielten, sich für alle Studienbewerber öffneten und Bachelor/Master-Studienstrukturen übernehmen.

Ulmer Modell Studium und Lehre erfolgreich

Nach viereinhalb Jahren haben die ersten Absolventen der HT Ulm Ingenieur-Diplom und Facharbeiterbrief in der Tasche, dazu in der Regel auch einen Arbeitsvertrag ihrer Ausbildungsfirma.

Goppel kritisiert Professorenbesoldung

Der bayerische Wissenschaftsminister wies darauf hin, dass Hochschulen im internationalen Wettbewerb nur mit attraktiven Konditionen für Hochschullehrer bestehen können. Bei der W-Besoldung liege das Eingangsgehalt 84 € unter dem eines Grundschullehrers.

Dazu erübrigt sich jeder Kommentar!

W-Besoldung: Wie geht es weiter?

Der völlig verfehlt Rahmen – Bundesgesetz, Landesgesetz und Leistungsbezügeverordnung – sind geltendes Recht, das in den Hochschulen umgesetzt werden muss. Eine Arbeitsgruppe der Rektorenkonferenz hat Vorschläge mit einem Punktecatalog ausgearbeitet.

Das Bemühen um gerechte Beurteilungsmaßstäbe ist anzuerkennen, aber es zeigt deutlich die ganze Unsinnigkeit dieses Versuchs angeblich leistungsorientierter, in Wirklichkeit aber demotivierender und von wissenschaftlicher Arbeit abhaltender Besoldung.

Lohnt sich die W-Besoldung? Oder besser in C bleiben?

Überblick und Argumente zur „leistungsorientierten“ Besoldung finden sich im DUZ-Magazin 12/2004 S. 22/23.

Nordrhein-Westfalen: Keine Leistungszulagen für Erstberufene

Das neue Besoldungsgesetz bestimmt, bei Erstberufung seien Leistungszulagen „nur in besonders begründeten Ausnahmefällen“ zulässig. Die Hochschule entscheide aber selbstständig innerhalb des Etats.

Hochschulrektorenkonferenz: Bologna-Koordinatoren

Info zum HRK-Förderprogramm für die Einführung von Bachelor und Master statt Diplom unter www.hrk.de/download/ausschreibung.htm.

Senate sollten bei Berufungen zustimmen müssen

Die neuen Grundordnungen sollten das Recht des Senats festschreiben, Berufungen zu bestätigen (oder abzulehnen).